

Diskussion : was ist der Sinn des Politischen? Anmerkungen zum Gespräch zwischen Ina Praetorius und Andrea Günter

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 5

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144169>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nennen, scheint mir deshalb bedenkenwert. Jedenfalls sollten wir uns davor hüten, Gott statt anderer Menschen, besonders unserer Mütter, zu loben. Denn damit setzen wir das fort, was aufhören muss: das Verschweigen der Beziehungsebene.

Ina Praetorius: Und was ist nun mit dem klassischen *Unberechenbaren*: den Lawinen, Erdbeben, Krankheiten, all dem Unvorhersehbaren, das Menschen zwar bearbeiten, nicht aber verursachen? Wird das Göttliche seinen Ort vor allem in dem Bereich behalten oder zurückgewinnen, den wir «Schöpfungstheologie» nennen?

Andrea Günter: Ich weiss es nicht. Lass uns ein andermal weiterreden...

1 Franz Hohler, Ein Winter, so unberechenbar wie im letzten Jahrhundert, in: WoZ, 2/1999.

2 Vgl. auch: Die Lawine: Naturpanne oder Gottesgericht? In: TA 1.3.1999.

3 Hannah Arendt, Vita Activa oder vom tätigen Leben (1958).

4 Die Gruppe «Weiberwirtschaft», der Ina Praetorius

und Andrea Günter seit Jahren angehören, geht heute einen ähnlichen Weg. Vgl. Heidi Bernhard Filli et al., Weiberwirtschaft. Frauen – Ökonomie – Ethik, Luzern 1994; Andrea Günter, Ina Praetorius, Ulrike Wagener, Weiberwirtschaft weiterdenken. Feministische Ökonomiekritik als Arbeit am Symbolischen, Luzern 1998.

5 Z.B. in: Zischtigsclub vom 22.2. und DOK vom 26.2.99, beide SF DRS.

6 Debatten über die Frage, ob Kategorien wie «Geschlecht», «Frau», «Zweigeschlechtlichkeit» in Zukunft noch unsere Wahrnehmung des Wirklichen strukturieren sollen, dominieren derzeit einen grossen Teil des westlichen akademischen Feminismus. Ausgelöst wurde die «Phase des Zweifels» durch Judith Butlers Buch «Das Unbehagen der Geschlechter», Frankfurt a.M. 1991.

7 Carol Gilligan, Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau, München 1984.

8 Vgl. Ein Komet am Labour-Himmel, TA 23.2.1999.

9 «Ich habe es eben lieber direkt», in: TA 23.2.1999.

10 Vgl. auch: Ina Praetorius, Wer hat Herrn Ebner hergestellt? In: NW 5/1996, S. 133.

11 Vgl. z.B. Helga Braun, Dörte Jung (Hg.), Globale Gerechtigkeit? Feministische Debatte zur Krise des Sozialstaats, Hamburg 1997. Rezension in: NW 1/1999, S. 35.

12 Luisa Muraro, Die denkende Differenz der Geschlechter. Eine italienische Einführung, in: Feministische Studien 12(1994) 2, S. 71–80.

13 Carter Heyward, ... und sie rührte sein Kleid an. Eine feministische Theologie der Beziehung, Stuttgart 1986.

Diskussion

Was ist der Sinn des Politischen? Anmerkungen zum Gespräch zwischen Ina Praetorius und Andrea Günter

Ina Praetorius und Andrea Günter üben Kritik an einem mechanistischen Politikverständnis, das sie nicht zuletzt «der Linken» zuschreiben. Sie plädieren für eine «sinnstiftende» Politik, die ihr Ziel in «gelingenden menschlichen Beziehungen» findet und sich neu der «Sinnfrage» stellt. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich habe Mühe mit diesem «feministischen Paradigmenwechsel im Politikverständnis». Was sollen nur schon die Pauschalurteile über *die* Linke, die erst noch auf einen Vulgärmaterialismus reduziert wird, den ich unter «Linken» so nicht wahrnehme? Noch mehr zu schaffen macht mir ein Politikverständnis, das die Aufklärung überwinden will, indem es hinter sie zurückfällt. Würde Politik nicht überfordert, wenn sie auch noch für «gelingende

menschliche Beziehungen» zuständig sein sollte? Gibt es eine «Existenzgrundlage» ohne «Existenzsicherung»? Und gehört es nicht gerade zum Sinn des Politischen, die «Sinnfrage» offenzulassen?

Politik kann gelingende Beziehungen ermöglichen, aber nicht schaffen

Die beiden Gesprächspartnerinnen lehnen ein Politikverständnis ab, das sich um «gerechte Verhältnisse» kümmere, «Sinn und Wohlergehen» aber dem «Privatbereich» überlasse. Stattdessen erklären sie «gelingende menschliche Beziehungen» zum Sinn des Politischen und karikieren die «ein für allemal gerecht gemachten Verhältnisse» als «Allmachtstraum, der die ewige Frustration programmiert, die für die Linke typisch ist». Ich wundere mich über diesen «Paradigmenwechsel» von der sozialen Gerechtigkeit zur Sinnstiftung durch geglückte Beziehungen. Wenn es der Politik nämlich gelingt, auch nur

annähernd «gerechte Verhältnisse» zu schaffen, dann hat sie ihren «Sinn» erreicht. Dass es sich bei der «Herstellung» sozialer Gerechtigkeit nicht um einen «Endzustand» handelt, sondern um einen Prozess von Versuch und Irrtum, ist im übrigen auch «der Linken» klar.

Einen Sinn, den Politik über das so verstandene *Gemeinwohl* hinaus stiften sollte, kann ich nicht erkennen. Natürlich geht es auch der Politik um «Beziehungen». Dabei handelt es sich im Regelfall aber um die *mittelbaren* Beziehungen, soweit sie über Strukturen, Normen und Institutionen vermittelt werden, also exakt der Definition der *Sozialethik* entsprechen. Für die *Personalethik* der Leute in ihren *unmittelbaren* zwischenmenschlichen Beziehungen ist Politik nicht zuständig, so sehr wir von den politisch tätigen Menschen erwarten, dass auch sie sich in ihrem eigenen Umfeld personalethisch vorbildlich verhalten.

Politik kann die zwischenmenschlichen Beziehungen der Leute nicht zum Gelingen bringen. Sie müsste sonst wissen, was im Einzelfall geglückte Beziehungen sind. Das setzte ein Totalwissen über das «Gelingen» und das «Glück» der Menschen voraus, das Politik nicht hat und nicht haben kann. Der Beitrag der Politik zu gelingenden Beziehungen ist ein *struktureller*, der übrigens sehr viel mit «*Autonomie*» zu tun hat. Damit Menschen gelingende Beziehungen eingehen können, muss Politik ihnen den dazu nötigen Freiraum schaffen, was – durchaus im Sinne der beiden Autorinnen – heisst: ihn nicht auf «Ehe und Familie» zu beschränken, sondern ihn auch im «Privatbereich und am Arbeitsplatz, in Therapie, Supervision, Netzwerken usw.» sicherzustellen. Die Freiheit, Beziehungen einzugehen, ist Teil des Rechts auf *Selbstbestimmung* (Autonomie). Selbst die (personalethische) Entscheidung, nicht «autonom» zu leben, setzt eine (sozialethische) «Autonomie» voraus. Über das Gelingen solcher Beziehungen aber können nur die Beteiligten selbst urteilen. Politik, die sich dieses Urteil anmasste, wäre auf dem Sprung, die Menschen zu ihrem Glück zwingen zu wollen, also totalitär zu werden.

Und *Mo Mowlam*? Wagt sie nicht neue Beziehungen, die verhärtete Fronten aufbrechen? Das Beispiel zeigt: Politikerinnen und Politiker sind in ihrem zwischenmenschlichen Umfeld der Personalethik, insbesondere dem Gebot der Nächstenliebe, genauso verpflichtet wie alle andern Menschen. Und natürlich schaffen sie mit ihrem vorbildlichen Verhalten auch Glaubwürdigkeit für ihre Politik. Nur darf daraus nicht gefolgert werden, Politik lasse sich in gelingende zwischenmenschliche Beziehungen auflösen. *Mo Mowlam* setzt sich schliesslich auch für institutionelle Veränderungen in Nordirland ein.

«Existenzgrundlage» versus «Existenzsicherung»?

Soziale Gerechtigkeit verbürgt für sich allein kein «Glück», aber sie kann sehr wohl die Voraussetzung von «Glück» bedeuten. Dass «Geld» nicht glücklich macht, ist eine Binsenwahrheit. Nur dispensiert dies uns nicht davon, für Verteilungsgerechtigkeit einzutreten. Eben lese ich in der *WoZ* (29.4.99) einen Artikel von *Mascha Madörin*, der auch den Zusammenhang von Geld und Autonomie herstellt: «In weit entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, in denen zwar lange nicht alle, aber immer mehr Grundbedürfnisse durch Warenproduktion gedeckt werden, ist die Organisation eines chronischen oder drohenden Geldmangels ein zentrales Mittel, Menschen zu kontrollieren und sie zu regieren. Für Frauen hängt deshalb heute viel an einem unabhängigen, existenzsichernden Einkommen.»

«Existenzsicherung» ist zwar nicht identisch mit «Existenzgrundlage», die eine darf aber auch nicht einfach gegen die andere ausgespielt werden. Sonst liesse sich der Satz, «dass das Geld gar nicht wirklich unsere «Existenzgrundlage» ist», auch im Abstimmungskampf gegen die *Mutterschaftsversicherung* oder zur Legitimation der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich missbrauchen. Nichts gegen gelingende menschliche Beziehungen als «Existenzgrundlage». Aber Ausbeutung wäre dafür ein zu hoher Preis. Zu Recht wird Herr Schremp kritisiert, wenn er sich gegenüber den Steuerzahlenden seines Landes unsolidarisch verhält. Ginge es dabei aber nicht um (Steuer-)Geld, so könnte der Wegzug eines Einkommensmillionärs uns ja eigentlich egal sein.

Der Diskurs der beiden feministischen Denkerinnen erinnert an die *gutbürgerliche Ideologie*, die meint, die Menschen müssten nicht den Kapitalismus überwinden, sondern auf ihre gute Gesinnung – hier die guten Beziehungen untereinander – achten, damit die gesellschaftlichen Verhältnisse erträglich oder gar gerecht würden. Mehr noch: Worin unterscheidet sich ein solcher Diskurs von einem *Neokonservativismus*, der den Sozialstaat verteufelt, weil dieser den zwischenmenschlichen Beziehungen, insbesondere der Nächstenliebe, zu wenig Raum lasse? Ich unterstelle den beiden Gesprächspartnerinnen nicht, dass sie ihren «Paradigmenwechsel» in diesem neokonservativen Sinn begreifen, aber ich vermisse die Unterscheidung zwischen dem, was Politik tun muss, um den Menschen ihre Rechte, auch das Recht auf Existenzsicherung, zu gewährleisten, und dem, was in die Eigenverantwortung der Einzelnen fällt.

Nicht weniger problematisch als diese Theorie politischer Sinnstiftung ist der voreilige Rekurs auf das «Unverfügbare». Mich nervt ein

Lawinenforscher, der sich mehr für das Unverfügbare als für seinen Forschungsgegenstand interessiert. Soll er doch forschen, was sich gegen Lawinen vorkehren lässt, bevor er mich mit «weisheitlicher Rede» abfertigt. Da halte ich mich lieber an *Florence Nightingale*, die englische Krankenschwester, Christin und Sozialistin, die einmal sagte: «Es ist zwecklos, um Befreiung von der Pest zu beten, solange die Kloaken in die Themse fließen.» Ja, es ist zwecklos, sich ins Unverfügbare von Lawinenunfällen zu schicken, solange es an Lawinenverbaungen fehlt oder gar der Verdacht besteht, dass «der Mensch» Urheber solcher Katastrophen sein könnte.

«Grundlagenreflexion» in Ehren, aber die Sinnfrage schafft keine Arbeitsplätze – sowenig wie die «Ordnung des Seins». Beides – Reflexion über die Sinnfrage wie Beschäftigungspolitik – hat seinen Platz, aber das eine sollte nicht gegen das andere ausgespielt werden.

Die «Sinnfrage» ist keine politische Frage

Wenn ich es recht verstehe, versuchen die beiden feministischen Denkerinnen die «*Gottesfrage*» als «Sinnfrage» in der Politik zu rehabilitieren. So vorsichtig und behutsam sie dabei vorgehen, ich möchte meinen vorsorglichen Einspruch anmelden: Die «*Weltlichkeit*» oder «*Autonomie*» des Politischen ist ebenfalls eine Errungenschaft der Aufklärung, die sich unter Berufung auf die Menschenrechte aus kirchlicher Bevormundung befreit hat. Daraus ging der religiös und weltanschaulich *neutrale Staat* hervor, der die Sinnfrage weder positiv noch negativ, weder religiös noch atheistisch, beantwortet. Diese weltliche Politik respektiert das «Unverfügbare» gerade dadurch, dass sie die Sinnfrage offenlässt.

Politik leistet der Sinnfrage den besten Dienst, wenn sie den (autonomen) Raum schafft, der es den Menschen und ihren Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften erlaubt, in aller Freiheit nach den «letzten Wahrheiten» zu suchen. Es ehrt «die Linke», wenn sie vor dieser Sinnfrage verstummt und das Ringen um die «letzten» Antworten der Obhut der Toleranz anheimstellt. Erinnerung sei an den Satz im *Godsberger Programm* der SPD: «Der demokratische Sozialismus will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.»

Der Staat und die politischen Parteien müssen im Respekt vor den Grenzen, die ihnen gesetzt sind, auf letzte Deutungen von Mensch, Welt und Geschichte verzichten. Das gilt natürlich nicht für die *Menschen selbst*, die sich politisch engagie-

ren. Sie werden in aller Regel eine religiöse oder weltanschauliche Motivation und Richtschnur haben. *Religiöse Sozialistinnen und Sozialisten* zum Beispiel setzen ihre Hoffnung auf das werdende Reich Gottes, wenn sie sich im «Vorletzen» der Politik für Grundwerte wie Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Aber der Religiöse Sozialismus macht dieses Letzte nicht zum politischen Programm, sondern respektiert die Begründungsvielfalt politischer Positionen, insbesondere auch im Sozialismus. Das heisst nicht Gott aus der Öffentlichkeit aussperren. Es heisst nur der fundamentalistischen Versuchung standhalten, Politik unter Berufung auf Gott zu legitimieren.

Gewiss gibt es Schicksalsschläge, die dem politischen Diskurs unzugänglich sind, unzugänglich sein müssen, weil sie sich auch jeder politischen Lösung entziehen. Leid, Krankheit, Tod verweisen uns auf die Endlichkeit des Daseins. Diese sog. Kontingenz zu «bewältigen» (Hermann Lübbe), ist keine politische, sondern eine religiöse oder weltanschauliche Aufgabe. Politik aber hat einen bescheideneren Anspruch. Wäre sie auch noch für die *Kontingenzbewältigung* bis hin zur Sinndeutung von Naturkatastrophen zuständig, so würde sie zu einer Art Religion oder Religionsersatz. Wenn aber Politik zur Religion oder Parteien zu Kirchen würden, dann ginge es in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr um Programme und Personen, sondern um Glaubensbekenntnisse. Das wäre das Ende nicht nur des herkömmlichen Politikverständnisses, sondern einer rationalen und demokratischen Politik überhaupt.

Willy Spieler

Fortsetzung der Diskussion um ein anderes Politikverständnis im Feminismus

Zu Willy Spieler: - Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99)

Lieber Willy

Ein Paradigmenwechsel, der nicht die Reformulierung des Herkömmlichen in lange nicht mehr gehörter Grundsätzlichkeit provozieren würde, wäre keiner. Bekanntlich fordert ein neues Paradigma, «eine altherwürdige Theorie zugunsten einer anderen, nicht mit ihr zu vereinbarenden zurückzuweisen»¹, wodurch unweigerlich scheinbar unverrückbare Massstäbe, Problemlösungsansätze und Geschichtsbilder ins Wanken geraten. Grundsatzdebatten – gerade auch moralischer Art – sind eine notwendige Begleiterscheinung des Paradigmenwechsels, weshalb Deine prompte, nicht emotionsfreie Reaktion unsere These vom in Gang befindlichen tiefgreifenden Wandel des Politischen bestätigt. Ich danke Dir für Deine Erwiderung, die ich meinerseits in sechs Punkten beantworten möchte, wodurch, so hoffe ich, die begonnene Debatte neue Nahrung erhält.

Überholte Unterscheidung zwischen Personalethik und Sozialethik

1. Die Kernthese unseres Textes, die Du in Deiner Antwort nicht berührst, heisst: Die Frauen haben die Zuständigkeit für private Beziehungspflege und Sinnstiftung, die man ihnen im Zuge der Entstehung des säkular-androzentrischen Staates zugeschoben hat, definitiv zurückgewiesen. Denn sie haben erkannt, dass die sich auf der Grundlage vermeintlich gerechter Verhältnisse angeblich frei nach «personalethischen» (oder auch «natürlichen») Gesetzmässigkeiten entfaltenden Beziehungen in Wahrheit die *Arbeit* sind, die sie tagtäglich ohne angemessene Anerkennung verrichten. Beziehungen – seien sie nun strukturell vermittelt oder «unmittelbar» – entstehen und bestehen nicht als quasi naturwüchsiges Resultat spontaner Zuneigung, sondern sind das Ergebnis bewusster Gestaltung und oft harter Arbeit. Was not tut, um das androzentrische mit dem beziehungsorientierten Politikverständnis zu vermitteln, ist deshalb eine Entmythologisierung des herkömmlichen Verständnisses der «Unmittelbarkeit» privater Beziehungen, das Du voraussetzen scheinst, und eine Debatte dar-

über, was öffentliche und private Beziehungen in Wahrheit sind, wie sie entstehen und wie sie Beständigkeit gewinnen.

2. Die von Dir als gegeben hingenommene Unterscheidung von Personalethik und Sozialethik hält der Erfahrung von Frauen und der sich daran anschliessenden feministischen Theorie nicht stand. Feministische Denkerinnen weisen diese Unterscheidung als einen der vielen Dualismen zurück, auf denen die androzentrisch verzerrte Weltsicht ruht. Einer der ältesten und prägnantesten Leitsätze der Frauenbewegung, der heute im Sinne des Paradigmenwechsels neu zu interpretieren wäre, heisst bekanntlich: «Das Private ist politisch.» Die in dieser Parole auf eine Kurzform gebrachte Erkenntnis der Mittelbarkeit *aller* Beziehungen hat bereits in den siebziger Jahren das vermeintliche Gegenüber von strukturvermittelter Öffentlichkeit und «vopolitisch»² Privatsphäre ad absurdum geführt.

Die Sinnfrage an die Politik zurückgeben

3. Es ist richtig, dass die Sinnfrage nie mehr von einem autoritären Staat oder einer staatsbeherrschenden Institution für alle beantwortet werden soll. Ebenso wenig aber darf sie in Familien, Kindergärten, Sonntagsschulen und Pflegeheime abgedrängt werden, wo sie als unter- oder unbezahlte Frauenarbeit ein oft menschenunwürdiges Dasein fristet, während eine gutbezahlte *classe politique* sich mit Rechenübungen beschäftigt. Eine sinnstiftende Politik zu fordern ist nicht per se «neokonservativ», sondern in unserem Verständnis logische Konsequenz feministischer Politik, die es ablehnt, Sinnstiftung weiterhin als privatisierte und unsichtbar gemachte weibliche Arbeit zu betreiben. Die Sinnfrage an die Politik zurückzugeben, ist nicht eine Idee oder Ideologie, die wir uns ausgedacht haben, sondern Reflexion langjähriger feministisch-politischer Praxis. Das Verhältnis von Privatsphäre, Politik und Sinnstiftung muss *neu* buchstabiert werden.

4. Der weltanschaulich und religiös neutrale demokratische Staat westlicher Prägung erscheint in Deiner Darstellung als unüberbietbarer Höhepunkt der Geschichte, demgegenüber Einsprüche, die – übrigens auch im Sinne der «linken» Tradition der Dialektik der Aufklärung – Defizite im Kern dieser Politikkonzeption feststellen, notwendigerweise als reaktionär erschei-

nen. Frauen, die sich erst vor wenigen Jahrzehnten den Zugang zu den politischen Rechten in diesem angeblich neutralen Staat gegen massiven Widerstand erkämpft haben, können diese affirmative Einschätzung des Status quo kaum nachvollziehen. Allerdings hast Du meiner Meinung nach richtig erkannt, dass eine präzise Bestimmung des Verhältnis zwischen feministischem Politikverständnis und dem gegenwärtigen Stand westlicher Demokratien und den in ihnen erreichten Standards von Rechtssicherheit, persönlicher Freiheit und Partizipation – auch für Frauen – noch aussteht. An diesem Punkt weist unser Gespräch tatsächlich Lücken auf, die in der weiteren Debatte zu schliessen sind.

Feministinnen haben nicht die Linke zu verteidigen

5. Der Feminismus hat viel von «der Linken» gelernt. Viele ehemals linke Feministinnen haben sich aber in den letzten Jahren aus der väterlichen Umarmung gelöst, weil die Linke sich als unfähig erwiesen hat, den Feminismus als *Projekt gesellschaftlicher Transformation*³ – jenseits simpler Gleichstellungspolitik – in denkerisch ernstzunehmender Weise in ihre Theoriebildung zu integrieren. Das zeigt gerade der von Dir zitierte Text von Mascha Madörin, in dem sie – wieder einmal – die Blindheit linker Diskurse für den *eigenen* Androzentrismus diagnostiziert.⁴ Als Feministinnen erachten wir es nicht mehr als unsere Aufgabe, «die Linke» – sei sie nun eine zu rettende Einheit oder eine diffuse Vielheit – als solche zu verteidigen. Vielmehr treten wir, ausgehend von unserem eigenen Politikverständnis, in Dialog mit unterschiedlichen, auch «bürgerlichen» GesprächspartnerInnen. Die von Dir als «neokonservativ» bezeichnete These etwa, der androzentrische Sozialstaat habe durch sein ökonomistisches (Miss-)Verständnis des Sozialen der Illusion der Machbarkeit sinnvollen Zusammenlebens Vorschub geleistet, scheint uns diskussionswürdig und wird bereits diskutiert.⁵ Vom feministischen Standpunkt aus urteilen wir auch, welche – möglicherweise verschütteten, weil nicht mit dem sozialdemokratisch-modernistischen linken Mainstream zu vereinbarenden – Traditionen der Linken sich als hilfreich für die Weiterentwicklung des neuen Paradigmas erweisen.⁶

6. Unberechenbar sind nicht nur Lawinen, Stürme und Krankheiten, sondern auch Menschen, insofern sie frei und voneinander verschieden sind. Das zeigt sich an jeder neu heranwachsenden Generation, die sich um herkömmliche Welterklärungen oft wenig schert, die heute zum Beispiel die Linke «ins Museum»⁷ schickt, ohne deshalb konservativ zu sein. Es ist

Aufgabe der Politik, Menschen, insofern sie *voneinander verschieden* und also unberechenbar sind, in ein Netz gelingender Beziehungen zueinander zu bringen und so den Bestand des Zusammenlebens in der Welt zu sichern.⁸ Was Du als primäre Aufgabe des Politischen benennst, die Herstellung gerechter Verhältnisse und also die Erfüllung unhintergebar menschlicher Grundbedürfnisse – sei es über das Medium Geld oder über andere Tauschformen –, ist in Wahrheit Aufgabe der *Wirtschaft*. Dass die Wirtschaft heute himmelweit davon entfernt ist, diese ihre – in jedem Lexikon nachzulesende – genuine Aufgabe zu erfüllen, sollte für die Politik kein Grund sein, folgsam eine Rolle zu übernehmen, die nicht die ihre ist. Dass gängige Politik sich heute der genuin ökonomischen Praxis des *Ausrechnens* und *Machens* gerechter Verhältnisse verschrieben hat, macht ihre Schwäche und Erneuerungsbedürftigkeit aus.

Ich freue mich auf die weitere Debatte und grüsse Dich herzlich aus dem inzwischen nicht mehr verschneiten, dafür von Erdrutschen bedrohten Toggenburg.

Ina Praetorius

1 Thomas S.Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1976, S. 20f.

2 Vgl. z.B. Helmut Thielicke, Theologische Ethik, 3. Teil, Tübingen 1964. Vgl. zur Kritik der in der christlichen Ethik gängigen Gegenüberstellung von strukturvermittelter Öffentlichkeit und «vopolitischer» Privatsphäre: Ina Praetorius, Anthropologie und Frauenbild, 2. Aufl., Gütersloh 1994.

3 Zur Unterscheidung zwischen Interessenvertretung und gesellschaftlicher Transformation vgl. Hannah Arendt, Vita activa, z.B. das Kapitel «Die Arbeiterbewegung».

4 WoZ 29.4.99.

5 Vgl. Helga Braun, Dörte Jung, Globale Gerechtigkeit?, Hamburg 1997, Rezension in: NW1/1999, S. 35.

6 Vgl. Andrea Günter, Überschneidungen, Korrespondenzen, Unvereinbarkeiten: Das Verhältnis von Befreiungstheologie, bürgerlicher und marxistischer Subjekttheorie, historischem Materialismus und Postmoderne, in: Dies., Politische Theorie und sexuelle Differenz, Königstein/Taunus 1998, S. 117–138.

7 Saiten. St. Galler Kulturmagazin, Mai 1999, S. 38.

8 Vgl. Hannah Arendt, Vita activa. Vgl. auch: Andrea Günter, Politische Theorie und sexuelle Differenz a.a.O., Einleitung

Feminismus im Mainstream von Sozialstaatskritik und Marktgläubigkeit?

Liebe Ina

Politik ist nie frei von Emotionen. Es mag sogar sein, dass ich mit dieser zweiten Reaktion auf das «andere Politikverständnis», das Du zusammen mit Andrea Günter entwickelt hast, emotional noch etwas zulege. Zu sehr läuft Euer «Politikverständnis» auf eine Entpolitisierung des Politischen hinaus. Es ist auch gar nicht so «anders», wie Ihr meint. Was bei Euch als feministischer Paradigmenwechsel daherkommt, bewegt sich für meine Wahrnehmung im Schlepptau neokonservativer und neoliberaler Sozialstaatskritik, wie sie nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost gesellschaftsfähig geworden ist. Bis zum Blocherschen Versatzstück von der «*classe politique*» seid Ihr in diesem Mainstream befangen. Auch der Neoliberalismus schickt die «Linke ins Museum», weil «modern» nur ist, was dem Markte dient. Was ich vermisse, ist die feministische Unterscheidung der Geister.

Gerne repliziere ich auf Deine sechs Punkte:

Politisierung des Privaten oder Privatisierung der Politik?

1. Eure «Kernthese», dass Frauen nicht länger «für private Beziehungspflege und Sinnstiftung» zuständig sein sollen, habe ich nicht kritisiert, weil ich daran nichts zu kritisieren habe. Nur halte ich diese Selbstverständlichkeit nicht für den «Kern» Eurer Diskussion. Dieser liegt für mich in der Aufhebung der «*Dualismen*» von Personalethik und Sozialethik, von Politik und Beziehungspflege, von «öffentlich» und «privat».

2. Die Unterscheidung von Personalethik und Sozialethik ist so alt nicht, dass sie einfach einer «androzentrisch verzerrten Weltsicht» zugeordnet werden dürfte. Im Gegenteil, es war und ist gerade das Patriarchat, das diese Unterscheidung ablehnte und noch ablehnt.

Ich beginne mit der Definition der beiden Arten von Ethik, wie sie Arthur Rich im 1. Band seiner «Wirtschaftsethik» 1984 entwickelt hat. Danach befasst sich die *Personalethik* mit der Beziehung vom Ich zum Du oder vom Wir zum Ihr. Die «Unmittelbarkeit» besteht nicht aus «Naturwüchsigkeit», wie Du unterstellst, sondern aus der direkten Beziehung zwischen Menschen. Diese Beziehung unterliegt einem Massstab des Gelingens, ist also – da stimmen wir überein – «das Ergebnis bewusster Gestaltung und oft harter Arbeit». Für Rich z.B. ist die Nächstenliebe

die alles andere als naturwüchsige Voraussetzung einer im personalethischen Sinn gelingenden Beziehung.

Die *Sozialethik* dagegen betrifft die zwischenmenschlichen Beziehungen, soweit sie durch gesellschaftliche und rechtliche Strukturen, Normen oder Institutionen vermittelt werden. Das und nichts anderes bedeutet für mich die Unterscheidung zwischen Unmittelbarkeit und Mittelbarkeit. Ich vermute, wir gehen von so unterschiedlichen Begriffen – und nicht nur Erfahrungen – aus, dass Missverständnisse unausweichlich werden.

Unverständlich ist für mich eine feministische Kritik an dieser angeblich androzentrischen Unterscheidung. Es ist doch gerade das Patriarchat, das meint, keiner Sozialethik zu bedürfen, da die Herrschenden unmittelbar für die Untertanen zuständig seien, die Männer unmittelbar für «ihre» Frauen sorgten, «gelingende Beziehungen» also unmittelbar «von oben» gewährleistet würden. Nur schon das allgemeine Stimmrecht, das Männern wie Frauen zukommt, war seinerzeit eine sozialethisch begründete Provokation für das Patriarchat. Wenn es um Demokratie in der Wirtschaft oder in der Schule geht, heisst es noch heute, ein guter Patron kümmere sich doch hinreichend um «sein Humankapital» und ein guter Lehrer nehme «seine» Schülerinnen und Schüler genügend ernst, was brauche es da noch strukturell verbürgte Mitbestimmung? Und bekommen nicht gerade Feministinnen vom Patriarchat den Vorwurf zu hören, dass sie sich nicht mit «gelingenden Beziehungen» (personalethisch) begnügten, sondern umgekehrt die rechtliche Stellung der Frau mit politischen Mitteln (sozialethisch) zu verändern suchten? Dass es Strukturen der Mitbestimmung, der Quoten, der Gleichstellung braucht, um Frauen auf gleiche Augenhöhe wie Männer, Arbeitende auf gleiche Augenhöhe wie Kapitalgeber, Schülerinnen auf gleiche Augenhöhe wie Lehrer zu bringen, damit ein möglichst herrschaftsfreier Dialog zu menschen- und sachgerechten Lösungen führen kann, gehört zu den Erkenntnissen «moderner» Sozialethik, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

Ich verstehe auch nicht, warum die *Geldfrage* in der Geschlechterbeziehung keine Rolle mehr spielen soll. Als ob es gleichgültig wäre, wie die Frau in der AHV gestellt ist, ob die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung einführt, ob Frauen über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen, ob die Stadt Zürich ein Frauenzentrum finanziell unterstützt usw. Es ist das Patriarchat, das den Frauen einredet, sie brauchten keine rechtliche und ökonomische Absicherung, es genüge die Eigenverantwortung – der Männer.

Gewiss ist es auch politisch nicht gleichgültig, ob wir «privat» solidarische oder egoistische

Menschen sind, da unser Verhalten die Strukturen prägt und von ihnen geprägt wird. Diese Dialektik beobachten wir z.B. zwischen einem egoistischem Verhalten im privaten Umgang und politischen «Deregulierungen», die auf eine Ellbogen-gesellschaft hinauslaufen, oder zwischen Sexismus in den unmittelbaren Beziehungen der Geschlechter und der «strukturellen Sünde des Sexismus» durch rechtliche oder wirtschaftliche Diskriminierung usw.

Nur scheint Ihr den Satz, dass auch das Private politisch sei, nicht so zu verstehen. Ihr nehmt das Politische vielmehr in das Private zurück, indem Ihr es auf «gelingende Beziehungen» reduziert. Euer ostentatives Desinteresse an Strukturen, selbst patriarchalischen, grenzt für mich an jenen Realitätsverlust, der die Feministinnen aus dem Mailänder Frauenbuchladen sagen lässt, das *Patriarchat sei überwunden*. Das Patriarchat wird es Euch danken. Denn die Repression ist perfekt, wenn sie nicht mehr als solche empfunden wird. Ihr mögt unter gelingenden Beziehungen etwas anderes verstehen – soweit diese von Strukturen abhängig sind, werdet Ihr auf Granit beißen, wenn Ihr meint, mit Eurem Politikverständnis etwas ändern zu können.

Autonome Politik und Politik der Autonomie

3. Gerne stimme ich Dir zu, dass *Sinnstiftung* kein Reservat des Weiblichen sein kann und darf. Was es aber heisst, Sinnstiftung an die Politik zurückgeben zu wollen, habe ich im letzten Heft ausgeführt. Nochmals: Der Sinn des Politischen liegt nicht in der Sinnstiftung für zwischenmenschliche Beziehungen, sondern in der Ermöglichung jener Autonomie, die gelingende Beziehungen fördert und jedenfalls nicht behindert. Du willst «das Verhältnis von Privatsphäre, Politik und Sinnstiftung neu buchstabieren». Ich bin gespannt.

4. Der weltanschaulich und religiös *neutrale Staat* ist Ausdruck der Toleranz gegenüber Menschen verschiedenen Glaubens. Ich sehe nicht, weshalb wir hinter diese Errungenschaft der Aufklärung zurückfallen sollten. Dein Einwand, die Frauen hätten sich ihre politischen Rechte «in diesem angeblich neutralen Staat gegen massiven Widerstand erkämpft», vertauscht die Ebenen der Argumentation. Dieser Staat gebärdete sich doch nicht deshalb frauenfeindlich, weil er weltanschaulich neutral war. Im Gegenteil musste auch die Weltlichkeit des Staates der alten patriarchalen Feudalordnung abgetrotzt werden, die Menschen, insbesondere Frauen «im Namen Gottes des Allmächtigen» unterdrückte. Dass laizistische Politik nicht gleichzeitig feministische Politik war, ist noch kein Grund, zum weltanschaulich neutralen Staat auf Distanz zu gehen. Welchen andern Staat möchtest Du denn?

Ein feministischer Anarchismus?

5. Linke Traditionen, die sich «für die Weiterentwicklung» Eures «neuen Paradigmas» als hilfreich erweisen könnten, sehe ich im Anarchismus. Staat und Politik müssten erst einmal «absterben», damit der «Dualismus» von Personal-ethik und Sozialethik überwunden werden könnte. Wenn Ihr in diese Richtung denken würdet, nähme die Diskussion eine neue, eine sehr «politische» Wendung.

6. Dass *Wirtschaft* die Aufgabe hat oder hätte, Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, ist ebenso unbestritten wie die Tatsache, dass sie dieser Aufgabe immer weniger gewachsen ist. Daraus herzuleiten, die Politik habe in der Wirtschaft nichts zu suchen, lässt allenfalls die neoliberalen Herzen höher schlagen. Dass die sich selbst überlassene Wirtschaft willens und in der Lage sei, das Gemeinwohl zu verwirklichen, behaupten sonst ja nur die Marktgläubigen. Für die gute alte Linke und auch für jene Teile des Bürgertums, die an einer Sozialen Marktwirtschaft festhalten, bleibt es demgegenüber Aufgabe der Politik, der Wirtschaft einen Rahmen zu setzen, damit sie gemeinwohlverträglich wirken kann. Oder wie willst Du z.B. die *Gleichstellung* in Fragen der Löhne, der bezahlten wie der unbezahlten Arbeit, der Arbeitszeitregelung und der Mitbestimmung verwirklichen, wenn nicht durch Politik?

Die Wirtschaft könnten wir nur dann sich selbst überlassen, wenn sie *demokratisch und genossenschaftlich* organisiert wäre. Von dieser autonomen, wenn nicht «anarchischen» Selbstregulierung sind wir angesichts der herrschenden Produktions-, sprich Eigentumsverhältnisse, weit entfernt. Wirtschaft demokratisiert sich nicht von selbst, noch wird sie unter neoliberalen und neokonservativen Bedingungen menschen- und frauenfreundlich. Wenn Feministinnen die Linke «ins Museum» schicken wollen, erhalten sie den Applaus von der falschen Seite.

Liebe Ina, der Erdrutsch, von dem Zürich bedroht ist, hat sich bei den kantonalen Wahlen vom 18. April ereignet. Ich grüsse Dich herzlich und bitte Dich um Verständnis für diesen anderen «Kontext».

Willy Spieler

gefehlt (TA 12.7.96). Und ein Unternehmensberater namens Werner Halter hat ein schlagendes Argument für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU gefunden. Er will laut NZZ (28.3.96) dem «Fischbassin Schweiz» zur Kräftigung des Restbestands einige «Killerfische» verschreiben. In Paris eröffnete im Oktober 1997 eine Managerschule ihren Betrieb unter dem Namen «Ecole de Guerre économique» (Publik-Forum, 29.8.97).

Bei so viel verbaler Gewalt kann auch die *sexistische Sprache* nicht fehlen. Auf das Fehlen von Frauen im Verwaltungsrat von UBS angesprochen, macht sich ein PR-Mann lustig über die «reinen Verzierdamen, die im frauenfreundlichen Trend der achtziger Jahre gewählt wurden» (Treffpunkt, 19.2.98).

*

Der Neoliberalismus ist aus einer Ideologie eine Wirklichkeit geworden und hat dabei seine Einseitigkeit bis zur Schamlosigkeit übertrieben. Auf sein Konto geht eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, mit der Folge, dass die Armen ärmer und die Reichen reicher wurden und immer noch werden. Selbst Kapitalisten zweifeln mittlerweile an «ihrem» System. Der US-amerikanische Finanzguru *Georges Soros* z.B. meint: «Mich beunruhigt die globale Freizügigkeit des Kapitals, das erschwert seine Besteuerung. Dies beein-

trächtigt die Fähigkeit der Staaten, soziale Leistungen anzubieten. Die Armen müssen mehr zahlen, weil die Reichen abhauen» (Spiegel, 6.4.98). An anderer Stelle sagt er gar: «Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung» (Zeit-Punkte, 6/97). Ich will aber nicht schon soweit gehen wie der Sozialethiker Peter Ulrich, der dem Tages-Anzeiger (29.12.98) diktiert hat, «dass der Neoliberalismus im Grunde genommen schon fast tot ist». Dann hätte sich dieser Essay erübrigt. Aber so schnell gibt der Neoliberalismus nicht auf.

1 Vgl. Bernhard Walpen, «Der Plan, das Planen zu beenden» – Zur Geschichte des Neoliberalismus, in: NW 1999, S. 4ff.

2 Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1994 (Neuaufgabe).

3 Hugo Assmann/Franz J. Hinkelammert, Götze Markt, Düsseldorf 1992.

4 Vgl. Götze Markt, a.a.O., S. 57.

5 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, dtv-bibliothek, München 1978

6 Bernard Mandeville, Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile, Frankfurt a.M. 1980.

7 Leszek Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960.

8 Hans-Peter Martin / Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Hamburg 1996, S. 12ff.

9 Götze Markt, S. 57.

10 Religion der Ware, in: Concilium 1992, S. 195ff.

11 Götze Markt, S. 95.

12 Zit. nach: Stephan Rothlin, Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt a.M. 1992, S. 62f.

13 Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, S. 16.

14 Zit. nach Stephan Rothlin, a.a.O., S. 69.

Diskussion

Florence Nightingale: Reformerin, aber nicht Sozialistin

Zu Willy Spieler: Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99)

In meiner Kritik am Politikverständnis von Ina Praetorius und Andrea Günter habe ich Florence Nightingale zitiert: «Es ist zwecklos, um Befreiung von der Pest zu beten, solange die Kloaken in die Themse fließen.» Ich verdanke das Zitat Konrad Farners «Theologie des Kommunismus?» (Frankfurt a.M. 1969, S. 128f.). Farners bezeichnet hier Florence Nightingale als «grosse Christin». Ich habe aus ihr auch noch eine «Sozialistin» gemacht, was sie offensichtlich nicht war. Erika Ziltener, Historikerin, Krankenschwester und Zürcher SP-Kantonsrätin, stellt in der folgenden Zuschrift richtig, dass es sich bei Florence Nightingale um eine Reformerin handelte, die noch ganz dem «idealisierten bürgerlichen Frauenbild der Jahrhundertwende» entsprach. Mein Zitat enthielt vielleicht einen sozialistischen Satz, aber nicht den Satz einer Sozialistin.

W.Sp.

Pionierin der Hygiene in der Krankenbetreuung

Die Engländerin Florence Nightingale (1820–1910)¹ kam aus sog. gutem Hause, und das bedeutete damals ein Leben im Müssiggang. Die junge Nightingale selbst meinte über ihren Tagesablauf, er sei nicht «mühselig», aber langweilig. Mit 17 Jahren notierte sie in ihren persönlichen Aufzeichnungen: «Gott sprach zu mir und berief mich in Seinen Dienst.»² Nach acht Jahren Suche wird sie diese Aussage als *Berufung zur Krankenpflege* interpretieren. Trotz aller Widerstände setzte sie sich über ihre Herkunft hinweg und bildete sich zur Krankenpflegerin aus. Ein mutiges Unterfangen, zumal die Tätigkeit einer Pflegerin zu Nightingales Zeit einer Frau aus «gutem Hause» schlechthin unzumutbar war.

Noch im letzten Jahrhundert wurden in den Krankenhäusern Menschen aus den *Slums*, den «Krähenlöchern», wie sie auch genannt wurden, gepflegt. Diese Menschen waren schmutzig, so schmutzig wie die Krankensäle in denen sie sich aufhielten. Dementsprechend galt der Beruf einer Pflegerin als «dreckig». Er wurde einerseits von «gefallenen Mädchen», die ihr Geld zur Hälfte als Pflegerin, zur anderen Hälfte als Prostituierte verdienten, und andererseits von Diakonissen sowie katholischen Nonnen und Brüdern ausgeübt.

Nightingale wollte keinen neuen religiösen Orden gründen, sondern den *Beruf* der Krankenpflege aufwerten und ihn allen Frauen zugänglich machen, die dazu die «sittlichen», geistigen und körperlichen Voraussetzungen hatten. Sie selbst erlernte die Krankenpflege in der ersten Diakonissenanstalt in Kaiserswerth am Rhein und im Selbststudium. In Kaiserswerth sah sie, dass ohne geeignete Hygiene eine *gute Betreuung* der Kranken unmöglich war. So setzte sie sich mit grossem Engagement für die Einführung von minimalen Hygienemassnahmen ein, wenn auch vorerst nur in einem Lazarett. Diese Massnahmen beschränkten sich auf «frische Luft, Licht, Reinlichkeit» und eine «angemessene Ernährung» für die Verletzten und Kranken.³ Nightingales Erfolg war durchschlagend, schon innert kürzester Zeit senkte sich die Sterblichkeitsziffer deutlich. In den folgenden Jahren wurde Nightingale als Beraterin in Hygienefragen bei Neubauten von Spitälern und Lazaretten zugezogen.

Für die Verletzten und Kranken, die unter der Aufsicht von Nightingale gepflegt wurden, bedeutete dies nicht nur grössere Heilungschancen, sondern auch eine stark verbesserte Lebensqualität. Beides wurde nun aber nicht Nightingales Hygienereform zugeschrieben, sondern ihrem «*Frausein*», ihrer Liebe und Güte. Darauf basierte denn auch die *Mythologisierung* Nightingales, und die grossen Verdienste um die Hygiene-

reform gerieten nach ihrem Tode sehr schnell in Vergessenheit.

Bürgerliches Frauenbild

Florence Nightingale war eine Vertreterin der *Frauenbewegung*, obschon sie diese skeptisch beurteilte. Konsequenterweise zählte sie nicht zum progressiven Flügel innerhalb der Bewegung, der sich für die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann einsetzte. Im Gegenteil, sie sprach sich gegen das Frauenstimmrecht aus und lehnte es ab, dass Frauen und Männer das Medizinstudium unter den gleichen Bedingungen sollten absolvieren können.

Nightingale entsprach vollumfänglich dem *idealisierten bürgerlichen Frauenbild* der Jahrhundertwende. Es war ein Frauenbild, das auf dem Dualismus von Frau und Mann als zwei sich gleichwertig ergänzenden Einheiten basierte. Diese Einheiten setzten sich aus den gegenseitig korrespondierenden «Charaktereigenschaften» von Frau und Mann zusammen.⁴ Die – scheinbar biologisch begründeten – Charaktereigenschaften des dichotomen Geschlechtermodells, das der Frau die Passivität, die Emotionalität, die Natur, ein Leben in der Privatheit und dem Manne die Aktivität, die Rationalität, die Kultur, ein Leben in der Öffentlichkeit zuordneten, ergänzten sich und ergaben zusammen eine Einheit.⁵

Florence Nightingale war eine grosse Frau ihrer Zeit. Sie prägte den Beruf der Krankenpflege nachhaltig und sie trug wesentlich dazu bei, dass der Beruf der Krankenpflege durch die Internalisierung des idealisierten bürgerlichen Frauenbildes zu einem *Frauenberuf* gemacht wurde. Ihr Einfluss wirkt im Grundsatz noch heute nach. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass die Krankenpflege immer noch als Frauenberuf bewertet, strukturiert und entlohnt wird. Dem skizzierten Frauenbild entsprechend konnte sich die grosse Eigenständigkeit, die Nightingale in der Hygienereform zeigte, in der Krankenpflege nicht durchsetzen.

Erika Ziltener

1 Vgl. Florence Nightingale (1820–1910), «Wer helfen will darf kein sentimentaler Schwärmer sein», in: Novgard Kohlhagen, *Frauen, die die Welt verändern*, Frankfurt a.M. 1981, S. 121–131.

2 Nightingale, a.a.O., S. 124.

3 Nightingale, a.a.O., S. 129.

4 Karin Hausen, *Die Polarisierung der «Geschlechtscharaktere»*. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393.

5 Esther Fischer-Homberger, *Neue Materialien zur Krankheit Frau*, in: Luise Pusch (Hg.), *Feminismus*. Inspektion einer Herrenkultur. Ein Handbuch, Frankfurt a.M. 1983, S. 308–339.